



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/224 - 26.9.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 7654-59

Fernschreiber 039 890

Das notwendige Bundeswahlgesetz	S. 1
Moskau schießt nach Persien	S. 3
Wirtschaftler verwirft Schuman-Plan	S. 4
BHE Niedersachsen unbefriedigt	S. 6
AWO und SPD	S. 7

Mehr Hürden vor den Bundestag

Deutsche Parlamente aus der Sicht der Mehrheitswahl

d.g. Der erste deutsche Nachkriegs-Bundestag ist vor wenigen Tagen in seine zweite Halbzeit getreten. So erklärt es sich, wenn die Kreise, denen an einer deutschen Wahlreform liegt, schon jetzt fordern, daß das provisorische Bundestags-Wahlgesetz rechtzeitig durch ein endgültiges abgelöst werden sollte. Man will das deutsche Parlament vor Zeitnot bewahren, denn das kürzlich vom französischen Nachbarn gegebene Beispiel des Kampfes um ein neues Wahlrecht kurz vor dem Termin war nicht gerade nachahmenswert. Die Deutsche Wählergesellschaft hat kürzlich in Bonn versucht, die Frage des Wahlsystems in Zusammenarbeit mit Vertretern der politischen Parteien rechtzeitig im vorparlamentarischen Stadium zu erörtern. Bei diesem Gespräch haben sich Vertreter der CDU, SPD, FDP, DP und Bayernpartei grundsätzlich zum Prinzip der Mehrheitswahl bekannt, die lediglich vom Zentrum eindeutig abgelehnt wurde.

Von den Befürwortern der Mehrheitswahl wird bekanntlich vor allem mit der Notwendigkeit operiert, der Zersplitterung des Parteiensystems vorzubeugen. Zwar kann auch unter dem Mehrheitswahlsystem jederzeit eine neue Partei gegründet werden, sie hat aber keineswegs die Chance, so billig ins Parlament zu kommen,

wie beispielsweise jene politischen Randfiguren auf der gegenwärtigen äußersten Rechten, mit deren dauernd schwankender Partei- und Gruppenzugehörigkeit selbst die Bundestags-Registrierung kaum noch Schritt zu halten vermag. Freilich zeigt das Beispiel Englands, wie lang und hart die Bewährungsprobe einer neuen politischen Gruppe im Mehrheitswahlssystem sein kann: 40 Jahre benötigte die Labour-Party, bis sie den ersten Abgeordneten ins Parlament entsenden konnte und erst wiederum nach weiteren 40 Jahren konnte sie schließlich die Mehrheit erkämpfen. Das mag für deutsche Parteigründer entmutigend klingen. Aber es soll nicht heißen, daß das Mehrheitswahlssystem - mit seinen verschiedenen radikalen und gemäßigten Spielarten - nur die zwei größten Parteien übrig lassen muß, eine Entwicklung, die in Deutschland vielleicht nicht einmal so wünschenswert wäre.

Der gegenwärtige Bundestag setzt sich trotz Mindestklausel und Zulassungspflicht der Parteien auf Landesebene noch immer aus neun Fraktionen und etlichen Gruppen und Unabhängigen zusammen. Die gegenwärtige Regierung konnte mit Ach und Krach aus drei Parteien zusammengezimmert werden, die schließlich 52 % der Sitze ergaben. Daneben aber verblieb die Opposition der SPD mit 33 % der Sitze, während die restlichen 15 % der Sitze auf hoffnungslose Splittergruppen entfielen. Bei angewandter relativer Mehrheitswahl dagegen würde eine gleichstarke Regierung nur zwei Parteien benötigen, die Opposition 40 % der Sitze innehaben, während die Sitze der destruktiven Gruppen auf nur 8 % zurückgehen würden. Bei einer Projektion der ersten Bundestagswahlergebnisse auf die sieben wichtigsten Länderparlamente (Drei Stadtstaaten, Württemberg-Hohenzollern und Baden) hätte es die relative Mehrheitswahl in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Baden der stärksten Partei ermöglicht, eine allein verantwortliche, nach ihren Vorstellungen klare und unverwässerte Regierungspolitik zu treiben.

Mit alledem soll nicht gesagt sein, daß das Mehrheitswahlssystem ein Allheilmittel gegen politische Unzulänglichkeiten ist. Einer Vermehrung der Parteien und der daraus resultierenden Willenszersplitterung kann es aber vielleicht ebenso entgegenwirken, wie es zu einer inneren Auflockerung der Parteiengänge führen kann. Vor allem aber sollte die bevorstehende Diskussion über eine deutsche Wahlreform auf breiter Basis geführt werden, damit das Interesse der Wählerschaft an ihrem Parlament gefestigt wird.

Moskaus Schatten über Persien

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Im englisch-persischen Konflikt haben die letzten Tage die Situation ernsthaft verschärft. Deutlicher als je zuvor seit seinem Ausbruch wird der Schatten des mächtigen nördlichen Nachbarn Persiens sichtbar, der für den aufmerksamen Beobachter freilich von Beginn an nicht zu übersehen war und der ganzen Auseinandersetzung erst den dramatischen weltpolitischen Hintergrund gab.

Der persische Ministerpräsident Mossadek hat sich, trotz wachsendem Widerstand im eigenen Lande, der nicht zuletzt von der Aktualität der sowjetischen Bedrohung bestimmt ist, den Engländern gegenüber als absolut unnachgiebig erwiesen. Die Engländer selbst sind in eine Lage gekommen, die, wenn sie nachgeben, ihr Prestige zum ersten Mal wirklich ernsthaft gefährdet. Auch die Ungeduld der Amerikaner wegen der Intransigenz Mossadeks hat einen Höhepunkt erreicht.

Die letzte gefährliche Phase nahm ihren Anfang mit den Nachrichten über mancherlei Anzeichen einer Verbesserung der persisch-russischen Beziehungen. Radio Moskau nahm einen offenkundigen Wechsel in der Einstellung gegenüber der persischen Regierung vor, die kommunistische Tudeh-Partei hat ebenfalls ihr Verhalten gegenüber Mossadek geändert und der russische Botschafter in Persien ist zu längerem Aufenthalt nach Moskau gefahren, um, wie offiziell mitgeteilt worden ist, mit der Führung im Kreml über die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit mit der persischen Regierung zu sprechen.

Man weiß auch, daß die Russen seit Monaten ihre propagandistischen Anstrengungen in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens erheblich verstärkt haben. Jedenfalls muß man damit rechnen, daß Moskau mit allen Kräften bemüht ist, die Gunst der Stunde zu nutzen und den Westen in diesem ganzen Bereich soweit wie möglich zurückzudrängen.

Der russische Gegenspieler, eben die Mächte des Westens, ist natürlich nicht passiv geblieben. Die wichtigsten Tatsachen sind in diesem Zusammenhang die Einbeziehung Griechenlands und vor allem der Türkei in den Atlantik-Pakt und der Vorstoß des britischen Außenministers in Kairo zur Schaffung eines Nahost-Paktes, der in mehr oder weniger enger Verbindung zum Atlantischen Verteidigungssystem stehen soll. Das ist eine Aussicht, die für Ägypten vor allem deshalb lohnend erscheint, weil es auf diese Weise von den einseitigen Bindungen an England loskäme und doch den Vorteil hätte, auf wirksamen Schutz und notwendig werdende Hilfe bei ernststen militärischen Verwicklungen rechnen zu können.

Der ungeheure Ölvorrat Persiens ist natürlich für die Sowjets eine ständige Verlockung, sich bei passender Gelegenheit seiner zu bedienen, zumal Erdöl ihr unangenehmster Rohstoff-Engpaß ist. Freilich werden sie sich gerade auch deshalb sagen, daß der Westen sich hier gewiß nicht leichterhand an die Wand spielen lassen wird, trotz ihrer Quellen im Baku-Gebiet und ihrer Verfügungsgewalt über Floesti. Es kann gewiss immer noch ein Weg des Interessenausgleichs gefunden werden. Aber die Forcierung der militärischen Sicherheitsmaßnahmen im Nahen Osten zeigt, wie ernst die Verantwortlichen die Lage nehmen.

+ + +

Vernichtendes Urteil zum Schuman-Plan

Die Propaganda der Regierungsparteien für den Schuman-Plan läuft auf vollen Touren. In ihrem Mittelpunkt steht die Behauptung von der Isolierung der SPD. Nichts ist davon wahr. So hat der DGB bis zum heutigen Tage weder durch seinen Vorstand noch durch den Bundesausschuß "Ja" zum jetzigen Vertragstext gesagt. Die sozialistischen Parteien aller am Schuman-Plan beteiligten Länder haben beschlossen, ihren Regierungen zehn kritische Fragen von grundsätzlicher Bedeutung vorzulegen, von deren Beantwortung sie ihre endgültige Haltung abhängig machen wollen. Darüber ist berichtet worden. Sogar in den Regierungsparteien, vor allem in der FDP, werden

immer stärker Vorbehalte angemeldet und besonders kritisch ist seit einiger Zeit die Wirtschaftswissenschaft, für deren Haltung das Gutachten des Hamburger Professors Ritschl bezeichnend war.

Nun ist kürzlich eine weitere interessante Stimme hinzugekommen. In der von Professor Erhard, also dem amtierenden Wirtschaftsminister, mit herausgegebenen Zeitschrift "Währung und Wirtschaft" nahm ein Mann zum Schuman-Plan Stellung, den niemand verdächtigen kann, Sozialdemokrat zu sein: Ein ständiger Mitarbeiter und Mit-herausgeber des Blattes, Max Schönwandt. Er griff den Plan von einer ganz anderen Seite her an als die SPD, kam aber in seinen Schlußfolgerungen zu dem gleichen Ergebnis:

"Montan-Union verschärft und verewigt Kohlen-Krise"

"Man unterzeichnet aber einen Vertrag auf 50 Jahre nicht, wenn man ihn nicht so, wie er ist, bis zum letzten Buchstaben verantworten kann und einzuhalten entschlossen ist"

"Mögen die Verhandlungen noch so mühsam und langwierig gewesen sein, sie rechtfertigen niemals den Abschluß eines Vertragswerkes, dessen Inhalt das Gegenteil dessen herbeiführen muß, was erstrebt wird. Wenn zudem Inhalt und Wortlaut bis kurz vor der parlamentarischen Behandlung geheim gehalten wurden und die Delegationen mit so ungleichgewichtigen Kräften besetzt waren wie hier, ist der Versuch, die Ratifizierung gegen alle vernünftigen sachlichen Einwendungen überhetzt durchzupressen weder wirtschaftlich und außenpolitisch noch staatspolitisch zu verantworten".

Ein vernichtenderes Urteil über den Vertrag ist auch von der SPD nicht ausgesprochen worden. Hoffentlich besinnt man sich im Lager der Regierungskoalition und bringt das Thema einer echten Gemeinschaft von Kohle und Stahl erneut zur Verhandlung, ehe die falsche "Gemeinschaft" etwa in der Lage ist, den europäischen Gedanken durch ihre unmöglichen wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen in Deutschland und anderwärts zu diskreditieren.

Dr. Fritz Erler, M.d.B.

+ + +

BHE im Regierungsgeschäft

(Bericht aus Niedersachsen)

-dt-Hannover

Dreieinhalb Monate ist nun die Regierung Kopf-Kessel, die Koalition SPD-BHE-Zentrum in Niedersachsen im Amt. Es scheint ein glattes Regieren zu sein.

Der Schein trügt. Vor wenigen Tagen hat sich ein Mitglied der BHE-Landesleitung in einer öffentlichen Kundgebung beschwert, die SPD hintertreibe die bei den seinerzeitigen Koalitionsverhandlungen gegebenen Versprechen hinsichtlich sofortiger Gemeindewahlen und eines sofortigen Entnazifizierungsstops. Mit der unmißverständlichen Drohung: Wenn es mit diesem Partner nicht gehe, dann ohne ihn.

Der BHE-Sprecher irrt zweimal. Erstens wurden dem BHE weder sofortige Kommunalwahlen, noch eine sofortige Entnazifizierungs-Neuordnung versprochen (die Betonung muß auf "sofort" liegen); zweitens "geht es" nur mit diesem Partner. Daß es mit anderen Partnern nicht geht, läßt sich an den Fingern abzählen und ist seinerzeit bei den Koalitionsverhandlungen genügend praktiziert worden. Es ginge "anders" nur unter Einschuß der SRP. Wer aber möchte, außer Hellwege vielleicht, sich mit der SRP an einen Tisch setzen?

Tatsache ist, daß dem BHE seinerzeit ein Abschluß der Entnazifizierung versprochen wurde, die SPD kann aber bei allem guten Willen, unter die Vergangenheit einen Strich zu ziehen, nicht dem BHE folgen, der über diesen Schlußstrich hinaus eine "Beseitigung der Folgen der Entnazifizierung" fordert, was politisch relegierten Beamten die Möglichkeit böte, Schadenersatz zu fordern. Abgesehen von der ethischen Seite einer solchen Situation, ergäbe das für die öffentlichen Kassen zusätzliche schwere Belastungen.

Auch Kommunal-Neuwahlen sind dem BHE zugesagt worden. Vorher aber, so wurde vereinbart, müsse eine neue Kommunalverfassung verabschiedet werden. Inzwischen haben sich die BHE-Abgeordneten, bei ihrem Eintritt ins parlamentarische Leben noch etwas unerfahren, davon überzeugen müssen, daß Gesetze, zumal so schwierige Gesetze wie eine Kommunalverfassung, nicht aus dem Ärmel geschüttelt werden können; sie haben aber nicht den Mut, ihren Wählern, denen sie vor der Wahl Wein versprochen hatten, zu sagen, daß auch der BHE nur mit Wasser kochen kann. Der Innenminister arbeitet zur Zeit an einem Entwurf für eine Kommunalreform; das geht dem BHE zu langsam und so hat die BHE-Landesleitung keinen Geringeren als den ehemaligen Staatssekretär im Fricks Innenministerium, SS-Obergruppenführer Stuckardt, einen BHE-Entwurf ausarbeiten lassen. Dieser Entwurf ist entgegen anderslautenden Meldungen erst in den Grundsätzen fertig; was davon bekanntgeworden ist, trägt, wie bei diesem Autor nicht verwunderlich, autoritäre Züge. In den nächsten Tagen werden sich die Experten der drei Koalitionsparteien zusammensetzen und versuchen, zu einem Kompromiß zu kommen.

Der Wunsch der BHE-Leitung nach Kommunalwahlen ist verständlich; mehr als einige Posten und Pöstchen wird dabei nicht herauskommen. Außerdem werden die leeren Säckel der Gemeinden durch Neuwahlen auch nicht praller. Die Unzufriedenheit in den BHE-Reihen wird man damit kaum abfangen können. Aber die BHE-Leitung steckt den Kopf in den Sand. Sie will nicht sehen, daß die Verärgerung ihrer Wähler nur auf der Bundesebene abgefangen werden kann. Merkwürdigerweise ist man aber beim BHE nicht auf den naheliegenden Schluß gekommen, durch Bundestags-Neuwahlen alle Übel an der Wurzel zu packen.

Die BHE-Landesleitung kennt die labile Situation in ihrer Partei, sie weiß, daß im Hintergrund aller ihrer Schwierigkeiten die SRP darauf wartet, die Unzufriedenen aufzufangen, was bei einem Teil des BHE nicht schwer fiele. Darum auch hat die SRP ihre beim Eintritt in das parlamentarische Leben opportunistisch geäußerte Zurückhaltung abgestreift und ist nun auch im Landtag zur Krawalltaktik übergegangen. Mit Hilfe einiger FDP-Stimmen konnte zwar verhindert werden, daß die SRP die Redefreiheit des Parlamentes mißbraucht. Bedenklich dabei aber ist, daß dieser Angriff erst durch Hammelsprung abgewehrt werden konnte, daß also gewisse Parteien sich nicht scheuten, das Spiel der SRP zu spielen.

Bei jeder Betrachtung der Verhältnisse in Niedersachsen darf nicht übersehen werden, daß alle landespolitischen Schwierigkeiten der SRP zugute kommen. Je mehr Knüppel man der SPD, aus welchen Gründen immer, zwischen die Beine wirft, umso stärker hindert man sie an ihrer Aufgabe, hartnäckigster Gegner des Rechtsradikalismus zu sein.

+ + +

Arbeiterwohlfahrt und SPD

Der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt beschloß auf seiner sechsten beendeten Konferenz 1951 in Stuttgart u.a.:

"Um die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt im Sinne des demokratischen Sozialismus rein und ungestört durchführen zu können, soll der Kreis der Mitarbeiter bezw. der aktiven Mitglieder möglichst die Zusammenfassung aller in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege tätigen Mitglieder der SPD sein. Mitglieder anderer Parteien können grundsätzlich nicht Mitarbeiter bezw. aktive Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt sein. Die bestehenden Vereinssatzungen sind im Sinne dieses Grundsatzes zu ändern".

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau